

Laurenc Meyer:

## „Integration einfordern!“

CDU-Generalsekretär Laurenc Meyer hat die Forderung der Grünen nach einem islamischen Feiertag in Deutschland abgelehnt. „Niemand würde auf die Idee kommen, in der Türkei Christi Himmelfahrt als Feiertag einzuführen“, sagte CDU-Generalsekretär Meyer der „Passauer Neuen Presse“.

**Passauer Neue Presse:** Heftige Kritik an Ihrem Gesundheitskompromiss. Außerhalb der Union scheint ihr Konzept nur auf Ablehnung zu stoßen.

**Laurenc Meyer:** *Manche Kritiker hatten sich schon festgelegt, bevor das Konzept überhaupt vorlag. Unsere Vorschläge stellen sicher, dass jeder Bürger – unabhängig ▶*

### INHALT

Dokumentation  
„Das solidarische  
Gesundheitsprämien-  
Modell der Union“  
Fakten – Argumente  
Beispiele

Sonderbeilage  
„Parteitag Live. TV-Pro-  
gramm zum 18. Parteitag  
der CDU Deutschlands“

Innenenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Thomas Rachel: Grüne machen unverhohlenen Front gegen christliche Feiertagskultur (S. 5) ■ Gutachten-Sachverständigenrat: Schröders Aufschwung-Lüge geplatzt! (S.6-8) ■ Bundesfachausschuss: Beziehungen zu Lateinamerika stärken (S. 11) ■ Gratulation zur neuen EU-Kommission (S. 12) ■ Schleswig-Holstein: „Landesregierung hat Handlungsbedarf bei Integrationspolitik“ (S. 13) ■ Hessen: Leit Antrag zur Frauen- und Familienpolitik beschlossen (S. 14) ■ NRW: Ehrendoktorwürde für Jürgen Rüttgers (S. 15) ■ Annette Widmann-Mauz: Union beschließt Einstieg in Prämienmodell (S. 16-17) ■ Günter Krings, Georg Fahrenschon: Eichels Finanzpolitik gleicht Kamikaze-Flug (S. 17) ■ Gerda Hasselfeldt: Bundesrechnungshof-Rüge für Künast's Haushalt mehr als gerechtfertigt! (S. 17-18) ■ Günter Nooke: Fußball-WM: Willen zum Erfolg zeigen (S. 19)

► von Alter und Einkommen – die notwendigen medizinischen Leistungen auch in Zukunft erhalten kann. Die Opposition hat jetzt ein detailliertes Modell vorgelegt. Konkrete Pläne der Bundesregierung lassen dagegen weiter auf sich warten.

**PNP:** Wie würden Sie Ihr Konzept kurz und knapp erklären?

**Laurenz Meyer:** Jede gesetzliche Krankenkasse wird künftighin entsprechend ihrer Kostensituation für jeden Versicherten die jeweils gleiche Prämie erhalten. Dadurch ist für jeden Versicherten ersichtlich, welche Versicherung das günstigste Angebot hat. Dieser Wettbewerb unter den Kassen wird zu einer spürbaren Begrenzung der Gesundheitskosten führen. Die Kosten für die Mitversicherung der Kinder sollen erstmals über Steuermittel von der Allgemeinheit finanziert werden. Das ist gerechter und unbürokratischer als das heutige System. Kleine Einkommen werden zwar nur entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet, sind aber

für die Versicherungen auf Grund der Prämie trotzdem gleich gute Kunden.

**PNP:** Bei der demographischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt dürfte die Prämie kaum stabil bleiben.

**Meyer:** Wir können und wollen den medizinischen Fortschritt nicht aufhalten. Ziel ist es, dass alle Bürger unabhängig von Einkommen und Alter am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Auch die Gesundheitsprämie wird diese Entwicklung nicht aufhalten können. Aber durch den Wettbewerb unter den Kassen ist sicher gestellt, dass die Kostensteigerungen begrenzt bleiben. Zudem werden die Arbeitskosten, anders als im derzeitigen System, nicht zusätzlich belastet. Das schafft die Voraussetzung für Wachstum und neue Arbeitsplätze.

**PNP:** 169 Euro Gesundheitsprämie, dazu eine Entlastung durch die Steuerreform und gleichzeitig weiterhin erstklassige medizinische Versorgung – das klingt

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: ollver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

nach Schlaraffenland. Wie soll das funktionieren?

**Meyer:** Es wird für einige Gruppen Entlastungen geben, für andere, und hier vor allem die höheren Einkommen, aber auch Belastungen. Das ist sozial gerecht. Wir stoppen die Ungleichbehandlung, dass bei gleichem Haushaltseinkommen unterschiedliche Beiträge geleistet werden müssen. Im Vergleich zum jetzigen System ist unser Modell geradezu ein Musterbeispiel für Vereinfachung. Die meisten Arbeitnehmer wissen noch immer nicht, dass ihnen bei 3000 Euro Einkommen über acht Prozent von ihrem Bruttoeinkommen dafür abgenommen wird, um den Sozialausgleich für kleine Einkommen und die Freistellung der Kinder zu finanzieren.

**PNP:** Die Arbeitnehmer werden künftig deutlich stärker belastet. Der Arbeitgeberanteil wird begrenzt. Ist das solidarisch?

**Meyer:** Eine Steigerung der Gesundheitskosten darf in Zukunft nicht mehr zu Steigerungen bei den Arbeitskosten führen. Das war unser Ziel, und das haben wir auch erreicht. Die Kritik der Arbeitgeberverbände ist insofern völlig unverständlich. Die Vorstel-

lung, wir würden die Arbeitgeber völlig aus der Finanzierung der Gesundheit entlassen, ist naiv. Wenn jetzt Arbeitgeber und Gewerkschaften das Modell gleichermaßen kritisieren, zeigt das nur, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

**PNP:** Mehr Stoiber oder mehr Merkel-wessen Handschrift trägt der Kompromiss?

**Meyer:** Von solchen Rechnungen halte ich überhaupt nichts. Wichtig ist: CDU und CSU haben gezeigt, dass sie auch bei schwierigen Fragen zu gemeinsamen Lösungen kommen können. Wahlen können wir nur gemeinsam gewinnen.

**PNP:** CSU-Chef Stoiber will das Konzept bis 2006 in der Schublade verschwinden lassen.

**Meyer:** Wir müssen in vielen Punkten auf den Fall der Regierungsübernahme vorbereitet sein. Da wir zurzeit über keine Mehrheit verfügen, können wir unsere Konzepte nicht umsetzen. Es gibt nicht den einen Schalter, den man umlegen muss, um Deutschland aus der Krise zu führen. Dazu gehört die Gesundheitsreform ebenso wie andere Bereiche auch.

**PNP:** CSU-Gesundheitsexperte Horst Seehofer ist wenig begeistert von der Lösung und denkt an Rücktritt.

**Meyer:** Das ist eine Angelegenheit der CSU. Die CDU mischt sich hier nicht ein. Unsere Schwesterpartei hat den Kompromiss einstimmig verabschiedet. Das gilt. Das Konzept ist unumkehrbar. Fest steht jedoch: Jeder in CDU und CSU muss die gemeinsame Position überzeugend vertreten.

**PNP:** Politiker von Union und SPD warnen nach den Anschlägen in den Niederlanden vor ähnlichen Entwicklungen auch in Deutschland.

**Meyer:** Wir haben zu lange die Augen vor den wirklichen Problemen verschlossen. Wir sitzen auf einem Pulverfass. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Grünen nach einem islamischen Feiertag in Deutschland als Ersatz für einen christlichen Feiertag eine Provokation. Niemand würde auf die Idee kommen, in der Türkei Christi Himmelfahrt als Feiertag einzuführen. Wir leben in einer Gesellschaft, die von christlich-abendländischen Vorstellungen geprägt ist. Das müssen die hier lebenden Muslime akzeptieren. Wir sollten jetzt auch über Tabu-

*fragen sprechen: Ausländische Kinder müssen Deutsch sprechen können, bevor sie in die Grundschule kommen. Auch müssen wir die Rolle muslimischer Frauen in Deutschland stärker thematisieren. Wenn Gleichstellungsbeauftragte sich ebenso viel mit den Rechten türkischer Frauen beschäftigen würden wie mit der geschlechtsneutralen Formulierung von Stellenanzeigen, wäre schon viel erreicht. Türkische Fundamentalisten genießen hier in Deutschland manchmal mehr Freiheiten als in der Türkei selbst. Damit sollten wir uns beschäftigen, und nicht mit islamischen Feiertagen.*

**PNP:** Ist „Multikulti“ gescheitert?

**Meyer:** *Multikulti war nie unser Ziel, sondern das von Rot-Grün. Die Vorstellung, dass das unverbindliche Nebeneinanderherleben von Kulturen erstrebenswert ist, habe ich nie für richtig gehalten. Jetzt stellt sich heraus, dass es nicht funktioniert. Diese Illusion ist gescheitert.*

Mit CDU-Generalsekretär Larenz Meyer sprachen Rasmus Buchsteiner und Andreas Herholz. In: Passauer Neue Presse vom 17.11.2004.

## SU: AUSLÄNDERPOLITIK ÜBERDENKEN!

**Die Senioren-Union hat sich für einen deutlichen Kurswechsel in der deutschen Ausländerpolitik ausgesprochen.**



„Multi-Kulti ist ein Irrweg und führt nicht in die notwendige Integration, das Gegenteil ist der Fall.“, sagte der SU-Bundesvorsitzende Otto Wulff. „Keine Schmusediskussion“, so sagte er weiter, „könne darüber hinwegtäuschen, dass bereits Parallelgesellschaften entstanden seien. Um die damit verbundenen Gefahren abzuwehren müsse im Interesse aller Beteiligten nunmehr ohne Hintergedanken über alle Fakten gesprochen werden und nicht über deren Verdrängung. Für eine Integration in unsere Gesellschaft seien die vorbehaltlose Anerkennung des Grundgesetzes und ausschließlich dessen Werteordnung verbindlich. Dazu gehöre insbesondere auch das Erlernen der deutschen Sprache, die erst eine Identität mit unserem Land herstelle. Darüber könne es keine Kompromisse geben, schon gar nicht mit jenen, die die Gleichberechtigung der Frau ablehnten. Geg-

ner des Grundgesetzes seien keine Dialogpartner für Demokraten“, so Wulff.

Bereits heute gebe die Situation vie-

ler muslimischer Frauen in Deutschland Anlass zu Sorge. Wer zulasse, dass – wie eine Visa Statistik des Auswärtigen Amtes ausweist – allein 2003 mehr als 10.000 junge türkische Frauen nach Deutschland verheiratet wurden und ebenso mehr als 7.700 türkische Männer auf dem Wege der „Familienzusammenführung“ als Ehemänner in Deutschland aufgewachsener türkischer Mädchen nach Deutschland einreisen, lasse Zweifel am Integrationswillen.

Der deutsche Sozialstaat sei mit den Folgen der „Zwangsverheiratungs“-Zuwanderung überfordert. Ebenso müsse das deutsche Schulwesen vor den Folgen von „Nicht-Integration“ geschützt werden. Nötig sei auch eine gesetzliche Regelung, die verhindere, dass die deutschen Krankenversicherungssysteme für in islamischen Herkunftsländern staatlich erlaubte Polygamie missbraucht würden.

# Grüne machen unverhohlenen Front gegen christliche Feiertagskultur

Zur Forderung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen, Hans-Christian Ströbele, einen gesetzlichen muslimischen Feiertag anstelle eines christlichen Feiertages einzuführen, erklärte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel:

„Das absurde Feiertagstheater von Rot-Grün geht nun offensichtlich in die zweite Runde: Nachdem die SPD gerade erst die Axt an die Wurzel unserer nationalen Erinnerungskultur legen wollte, zeigen nun die Grünen in unverhohlener Weise ihre Gleichgültigkeit gegenüber den christlich-abendländischen Werten



Thomas Rachel

und Traditionen in unserem Land. Die Art, wie der Fraktionsvize der Grünen, Hans-Christian Ströbele, für die Streichung eines traditionellen christlichen Feiertages plädiert, ist nur als abschätzig zu bezeichnen und verletzt die Gefühle von uns Christen.

Unsere christlichen Feiertage sind keine beliebig

verfügbare Dispositionsmasse, sondern wichtige und schützenswerte Kristallisationspunkte sowohl unserer religiösen als auch unserer gesamtulturellen Identität. Das Beispiel der Niederlande zeigt überdies, dass eine multikulturelle Ideologie wirkliche Integration und gegenseitiges Verstehen gefährdet. Wer meint, einen christlichen Feiertag durch einen Feiertag einer anderen Religion ersetzen zu können, leistet dem kulturellen Miteinander der Menschen in unserem Land einen Bärendienst. Wer seine eigenen kulturellen und religiösen Grundlagen missachtet, wird auch im Dialog mit anderen Kulturen und Religionen keine Wertschätzung erfahren.“

## MERKEL LEHNT EINFÜHRUNG VON ISLAMISCHEM FEIERTAG AB

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat den Vorschlag aus den Reihen der Grünen für die Einführung eines islamischen Feiertages strikt zurückgewiesen. „Bei aller Toleranz und allem Respekt: Deutschland ist ein Land mit christlich-abend-



ländischen Wurzeln“, sagte Merkel. Feiertage müssten auch genau diese Identität des Landes widerspiegeln. „Außerdem muss man auch berücksichtigen, welche Bevölkerungsgruppen die Mehrheit in einem Lande darstellen.“

# Schröders Aufschwung-Lüge geplatzt!

**Das Gutachten des Sachverständigenrates beweist: Die Aufschwung-Lüge des Kanzlers ist geplatzt. Wirtschaftspolitisch richtet diese Bundesregierung immer größeren Schaden für unser Land und die Menschen an – vor allem für diejenigen, die Arbeit suchen.**

Einen Tag nach dem verheerenden Zeugnis des Bundesrechnungshofs attestiert mit dem Sachverständigenrat ein zweites Expertengremium der Regierung Scheitern auf der ganzen Linie.

Deutschland wird unter Rot-Grün regelrecht abgekoppelt von der positiven



Laurenz Meyer

Entwicklung der Weltwirtschaft. Während andere Länder sich mit Reformen bei Steuern, sozialen Sicherungssystemen und Arbeitsmarkt beschäftigen, diskutiert diese Bundesregierung die Ab-

schaffung des Nationalfeiertages und die Einführung von muslimischen Feiertagen!

Zugleich verfrühstückt die Regierung Schröder/Fischer die Zukunft der kommenden Generation. Das Nachhaltigkeits-Gerede von Rot-Grün wird in erschreckender Weise zur Heuchelei. Angesichts der Schuldenentwicklung und der skandalösen Finanzgrundlagen des Bundeshaushalts ist das Wirtschaftsgutachten ein neuer Beleg dafür: Jeder weitere Monat Rot-Grün ist ein verlorener Monat für Deutschland.

## WIRTSCHAFTSWEISE ERWARTEN GERINGERES WACHSTUM

**Die Konjunktur in Deutschland kommt nach Ansicht der „Wirtschaftsweisen“ nicht in Fahrt.**

In ihrem aktuellen Jahresgutachten erwarten die Regierungsberater für 2005 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 1,4 %. Das liegt deutlich unter der Prognose der Bundesregierung von 1,7 %. Die Arbeitslosigkeit bewege sich weiter auf hohem Niveau. Die Erwerbslosenquote werde 2005 bei 10,5 % stagnieren. Der auch „FünfWeise“ genannte Sach-

verständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet den starken Euro und die Ölpreise als größte Risiken für die Weltwirtschaft und damit auch für die Konjunktur in Deutschland. Für 2004 rechnen die Wirtschaftswissenschaftler mit einem Bruttoinlandsprodukt von 1,8 %. Damit wächst die deutsche Wirtschaft langsamer als im Durchschnitt der zwölf Länder der Euro-Zone. Beim Haushaltsdefizit wird Deutschland nach Ansicht

des Sachverständigenrats 2005 den EU-Stabilitätspakt zum vierten Mal in Folge verletzen: 3,5 % Haushaltsdefizit werden in dem Jahresgutachten vorausgesagt. Im laufenden Jahr erwarten die Experten eine Neuverschuldung von 3,9 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Stabilitätspakt erlaubt ein Defizit von maximal drei Prozent. Deshalb fordert der Expertenrat ein zusätzliches Sparpaket von 12 Mrd. Euro, um 2005 den Euro-Stabilitätspakt wieder einzuhalten.

## Wirtschaftsweise bestätigen die Union

Die Auffassung des – parteipolitisch unverdächtig – Sachverständigenrates der Bundesregierung, dass das Maastricht-Defizitkriterium mit 3,5% im nächsten Jahr erneut deutlich überschritten wird, ist eine schallende Ohrfeige für die Koalition.

Letzte Woche hat Rot-Grün mit seiner Mehrheit im Haushaltsausschuss den Haushalt 2005 beschlossen und behauptet, er sei verfassungskonform und würde seinen Teil dazu beitragen, dass Deutschland im kommenden Jahr das Maastricht-Defizitkriterium einhalten würde. Wenn Eichel Anfang Dezember für 2005 dennoch eine Verschuldung von 2,9% nach Brüssel meldet, ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass die rot-grüne Regierung mit allen Tricks versucht, den haushalts- und finanzpolitischen Offenbarungseid weiter zu verschleiern.

Bei der Wachstumsanahme für 2005 vollzieht sich das gleiche Spiel wie in den Vorjahren. Die Prognose der Bundesregierung liegt mit 1,7% über der Erwartung der Wirtschaftsforschungsinstitute (1,5%) und der des Sachverständigenrates (1,4%).



Dietrich Austermann

Steuermindereinnahmen und Arbeitsmarktmehrausgaben und damit milliarden-schwere Haushaltslöcher sowie ein weiterer Nachtrags-haushalt sind vorprogrammiert. Allein im Bereich Arbeitsmarkt klafft 2005 eine Milliardenlücke. Wenn die rot-grüne Koalition den Bundeshaushalt in der kommenden Woche im Bundestag beschließen wird, handelt sie erneut wider besseres Wissen und betrügt die Wähler.

**Dietrich Austermann** ist haushaltspolitischer Fraktions-sprecher.

## Aufschwung in weiter Ferne

**Der Sachverständigenrat bestätigt in seinem heute vorgelegten Gutachten die Kritik der Union an den Wachstums- und Konjunkturprognosen der Bundesregierung. Die Wirtschafts-**

**weisen prognostizieren nur noch ein Wachstum von 1,4 % Prozent und ein Defizit von 3,5 % für 2005.**

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Februar 2005 die Fünf-Millionen-Grenze überschreiten. Damit ist klar: Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushalt ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Deutschland wird auch 2005 die 3 % Grenze des Maastricht-Vertrages zum vierten Mal in Folge verletzen.

Deutschland muss die Wachstumsschwäche endlich überwinden. Dazu brauchen wir ein umfangreiches Sanierungsprogramm. Der Sachverständigenrat hat Recht. Handlungsbedarf besteht jetzt vor allem im Gesundheitswesen, im Bildungssystem und beim Aufbau Ost. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind weitere Reformen unabdingbar. Die Sachverständigen ziehen eine überwiegend negative Bilanz der Hartz-Reformen der Bundesregierung. Die verschiedenen Instrumente der Hartz-Kommission, wie Kapital für Arbeit (Job-Floater) oder Personal-Service-Agenturen kosteten zwar viel Geld, bewirkten aber keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Im Programm Kapital für Arbeit beispielsweise wurden insgesamt 13.300 Arbeitsplätze gefördert, wobei



Dagmar Wöhrli

hierfür 925 Mio. € ausgegeben wurden. D.h., jeder dieser Arbeitsplätze kostete den Steuerzahler rund 71.000,- €.

Deshalb müssen die PSA's in der bestehenden Form umgehend abgeschafft werden. Wir brauchen auch mehr Flexibilisierung durch betriebliche Bündnisse für Arbeit und ein modernes Kündigungsrecht. Auch bei den Arbeitszeiten ist eine Flexibilisierung notwendig. Eine 40-

Stunden-Woche für alle ist dabei genauso unsinnig, wie eine 35-Stunden-Woche für alle.

**Dagmar G. Wöhrli** ist die wirtschaftspolitische Fraktions-sprecherin.

## Bildungspolitik der Union bestätigt

**Der Sachverständigenrat weist deutlich auf die Bedeutung der Bildung für die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands hin und meldet Reformbedarf an.**

Damit bestätigt er die Bildungspolitik der Union. Bildungsinhalte gehören schon in die Vorschule. Die Einschulung muss früher und flexibler erfolgen. Bei uns kommen Kinder im Schnitt erst mit 6,8 Jahren in die Schule. Damit vergeuden wir ihre lernbegierigste und



Katherina Reiche

aufnahmefähigste Zeit. Die Grundschule darf zudem nicht als verlängerte Spielphase gestaltet werden, sondern muss Leistung und die Freude am Lernen von Anfang an fördern.

Bildungsstandards auf einem ordentlichen Leistungsniveau müssen für alle Schultypen und Stufen eingeführt werden. Die Länder sind inzwischen auf einem guten Weg. Dringend sind neue Finanzierungsgrundlagen für die Hochschulen. Die Bundesregierung muss endlich den Weg frei machen für Studienbeiträge. Die Empfehlung der Wirtschaftsweisen, auf einem moderaten Niveau in Höhe von 500 Euro zu beginnen, ist richtig. Diese Beiträge dürfen staatliche Mittel nicht substituieren, sondern müssen neues Geld an die Hochschulen bringen.

**Katherina Reiche** ist die bildungspolitische Fraktions-sprecherin.

## HINTERGRUND: DIE „FÜNF WEISEN“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist als ein Gremium der Politikberatung 1963 per Gesetz eingerichtet worden. Zu den Aufgaben der so genannten Fünf Weisen gehört die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbare Entwicklung. Die „Wirtschaftsweisen“ legen jedes

Jahr Mitte November ein Jahresgutachten vor sowie Sondergutachten in besonderen Problemlagen oder im Auftrag der Bundesregierung. Gebot ist die Unabhängigkeit der Regierungsberater. Die jährlichen Expertisen sind vor der endgültigen Verabschiedung des nächsten Bundeshaushaltes durch den Bundestag vorzulegen.



## Gesundheit

# Gesundheitsprämien-Modell: Spitzenmedizin zu bezahlbaren Preisen

Die wichtigsten Neuerungen des solidarischen Gesundheitsprämien-Modells der Union für die gesetzlich Versicherten:

- Niemand zahlt mehr als 7% seines Einkommens für seine Krankenversicherung. Das gilt auch für Rentner.
- Wer – auf heutiger Basis – mehr als ca. 1550 Euro Einkommen hat, zahlt für seine Versicherung durchschnittlich 109 Euro persönliche Gesundheitsprämie und damit weniger als heute. Hinzu kommt: Mehrarbeit lohnt sich wieder, da der Arbeitnehmer nicht mehr für jede Überstunde Beiträge an die Krankenkasse zahlen muss.
- Wer – auf heutiger Basis – weniger als ca. 1550 Euro hat, zahlt 7% seines Einkommens und damit nicht mehr als heute. Beispiel: Bei einem Einkommen von 1.000 Euro pro Monat zahlt ein Arbeitnehmer 70 Euro an die Krankenkasse. Die Differenz zur persönlichen Gesundheitsprämie, also 39 Euro, wird automatisch vom Finanzamt aus den Arbeitgeberbeiträgen zugeschossen.
- Nicht berufstätige Ehepartner zahlen grundsätzlich auch die persönliche Gesundheitsprämie. Aber auch hier gilt: Ein Ehepaar zahlt insgesamt nicht mehr als 7% des Haushalts-Einkommens.
- Kinder werden beitragsfrei versichert.
- Entscheidend für den Krankheitsfall: Das Gesundheitsprämien-Modell sichert die optimale Versorgung. Es schützt vor weiteren Leistungskürzungen.

Im Gesundheitsprämien-Modell erhalten die Krankenkassen für jeden Versicherten – unabhängig von dessen Einkommen, Alter, Gesundheit, Geschlecht oder Familienstand – den gleichen Betrag. D.h. jeder Versicherte ist den Kassen künftig gleich viel wert. Das erhöht den Wettbewerb unter den Kassen. Mehr Wettbewerb bedeutet günstigere Angebote für die Versicherten.

Besser für die Menschen.

**CDU**

## Gesundheit

# Gesundheitsprämien-Modell: gerecht und zukunftssicher

**Spitzenmedizin für alle: Mit dem solidarischen Gesundheitsprämien-Modell von CDU und CSU bleibt die Gesundheitsversorgung trotz steigender Kosten auch in Zukunft für alle bezahlbar.**

## So funktioniert das Modell:

Das Gesundheitsprämien-Modell besteht aus einer persönlichen Gesundheitsprämie (nach heutigem Stand: durchschnittlich 109 Euro) und einer Arbeitgeberprämie (nach heutigem Stand: 60 Euro). Das ergibt zusammen die Gesamt-Gesundheitsprämie (nach heutigem Stand: 169 Euro). Sie entspricht den durchschnittlichen Ausgaben der Kassen pro Versichertem.

Die Arbeitgeber zahlen 6,5% des beitragspflichtigen Einkommens der Arbeitnehmer in ein Sondervermögen. Daraus erhalten die Kassen für jeden Versicherten einen gleich hohen Beitrag, die Arbeitgeberprämie (60 Euro). Zudem wird das Sondervermögen für den Sozialausgleich für Geringverdiener verwendet.

Zu zahlen hat der Versicherte maximal 7% des Brutto-Einkommens.

**Beispiel** Bei einem Einkommen von 1.000 Euro pro Monat zahlt ein Arbeitnehmer 70 Euro an die Krankenkasse. Die Differenz zur persönlichen Gesundheitsprämie, also 39 Euro, wird automatisch vom Finanzamt aus den Arbeitgeberbeiträgen zugeschossen.

Kinder werden beitragsfrei gestellt. Ziel ist es, die Kosten auf alle Generationen umzulegen und aus

Steuermitteln, zu dem jeder nach seiner Leistungsfähigkeit beiträgt, zu finanzieren.

## Das sind die Vorteile unseres Modells:

- Kleine Einkommen erhalten einen Sozialausgleich. Normalverdiener werden entlastet.

**Beispiel** Ein Arbeitnehmer mit 2.000 Euro Brutto zahlt heute 140 Euro für die Krankenversicherung. Mit dem Prämienmodell zahlt er nur noch 109 Euro. Entlastung: 372 Euro im Jahr. Hinzu kommt: Mehrarbeit lohnt sich wieder, da der Arbeitnehmer nicht mehr für jede Überstunde Beiträge zur Krankenkasse zahlen muss.

- Steigende Gesundheitskosten führen in Zukunft nicht mehr zu steigenden Lohnnebenkosten. Das verhindert die Abwanderung von Arbeitsplätzen und bringt dem Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto.
- Die Krankenkassen erhalten für jeden Versicherten - unabhängig von dessen Einkommen, Alter, Gesundheit, Geschlecht oder Familienstand - den gleichen Betrag. D.h. jeder Versicherte ist den Kassen künftig gleich viel wert. Das erhöht den Wettbewerb unter den Kassen und die Transparenz über die Kostenstruktur der Kassen.

**Mit der solidarischen Gesundheitsprämie wird das heutige unwirtschaftliche Krankensystem umfassend erneuert, die Kosten werden gerecht und zukunftsfest verteilt.**

Besser für die Menschen.

**CDU**

Bundesfachausschuss

# Beziehungen zu Lateinamerika stärken

**Der Bundesfachausschuss Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte hat den Beschluss „Neue Impulse für eine tiefere Partnerschaft mit Lateinamerika“ gefasst.**

In dem von der Abgeordneten Claudia Nolte vorgelegten 15seitigen Strategiepapier sprechen sich der Vorsitzende des BFA Armin Laschet MdEP und die stellvertretende Vorsitzende Claudia Nolte MdB für eine Stärkung der Beziehungen Deutschlands und Europas zu Lateinamerika aus.

„Die Bundesregierung hat der Region Lateinamerika in der letzten Zeit viel zu wenig Bedeutung zugemessen.“ so Claudia Nolte. „Dies hat zu einer Rückwärtsentwicklung der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen geführt. Gerade in der sich globalisierenden Welt ist es aber wichtig, internationale Partnerschaften und Verbündete zu haben. Lateinamerika ist aufgrund der gemeinsamen Wertebasis und der jahrzehntelangen engen Kooperation für Deutschland ein natürlicher und verlässlicher Partner.“



Armin Laschet



Claudia Nolte

Das Strategiepapier zeigt eine Reihe von Handlungsfeldern auf, auf denen die Kooperation zwischen den Regionen gefördert und weiter ausgebaut werden muss. So steht auf der einen Seite der politische Dialog und die Zusammenarbeit auf Ebene der Parteien und politischer Stiftungen. Andererseits wird Hilfestellung bei Staatsaufbau und Institutionenbildung in den sich im Aufbau befindlichen Demokratien gefordert. Ein wichtiges Feld ist auch die Entwicklungszusammenarbeit, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit und der Menschenrechtsdialog.

Der Europabgeordnete Armin Laschet betont: „Drogenhandel, Geldwäsche und das immer häufigere grenz-

übergreifende Zusammenwirken krimineller und terroristischer Gruppen stellen eine Bedrohung auch für Europa dar. Notwendig ist deshalb auch die enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Nicht zuletzt muss auch der kulturelle und wissenschaftliche Austausch wieder belebt werden, um so das Interesse in der Bevölkerung für Lateinamerika zu fördern. Deutschland darf die Chancen, die sich in Lateinamerika bieten nicht weiter ungenutzt lassen.

Den vollständigen Text finden Sie unter:  
<http://www.cdu.de/politik-a-z/entwicklung/lateinamerika-konzept.pdf>



# Gratulation zur neuen EU-Kommission

**Hans-Gert Pöttering hat Kommissionspräsident José Manuel Durao Barroso zu der mit großer Mehrheit erfolgten Wahl seiner Kommission (449 Ja-, 149 Nein-Stimmen und 82 Enthaltungen) durch das Europäische Parlament gratuliert.**

"Dies ist ein großer Erfolg für Kommissionspräsident Barroso und die EVP-ED-Fraktion, die sich seit seiner Benennung durch die Staats- und Regierungschefs für eine starke Kommission unter seiner Führung eingesetzt hat", erklärte Pöttering.

"Wir haben Sie von Ihrer Benennung durch die Staats- und Regierungschefs am 26. Juni bis zur Wahl Ihres gesamten Teams heute immer voll und ganz unterstützt. Wir



Hans-Gert Pöttering

sind ein zuverlässiger Partner im Europäischen Parlament und wollen, dass unter Ihrer Führung die Kommission eine starke Verbündete des Europäischen Parlaments mit dem gemeinsamen Ziel der Stärkung und Verteidigung des Gemeinschafts Europas ist. Grundlage der Zusammenarbeit der beiden Institu-

tionen werden die in der heute gleichzeitig mit dem Vertrauensvotum verabschiedeten Entschließung genannten Voraussetzungen sein", erklärte Pöttering.

Barroso habe jetzt ein gutes Team, das unter seiner Richtlinienkompetenz erfolgreich arbeiten kann. Mit der breiten Unterstützung durch das Europäische Parlament habe die neue Kommission die notwendige Voraussetzung, um die wichtigen Aufgaben dieser Legislatur zu bewältigen. Die EVP-ED-Fraktion werde die Kommission unter Führung Barrosos hierbei unterstützen, aber gleichzeitig auch die parlamentarische Aufgabe der Kontrolle der Kommission wahrnehmen.

## DIE NEUE EU-KOMMISSION

- Jose Manuel Barroso (P) – Präsident, Koordinierung der „Lissabon-Strategie“ und der Außenbeziehungen
- Margot Wallström (S) – Vizepräsidentin, Kom. f. Beziehungen zu Ministerrat und Parlament
- Günter Verheugen (D) – Vizepräsident, Kom. f. Unternehmen und Industrie, Koordinierungsaufgaben in der Wirtschaftspolitik, Binnenmarkt
- Jacques Barrot (F) – Vizepräsident, Kom. f. Verkehr
- Siim Kallas (EST) – Vizepräsident, Kom. f. Verwaltung, internes Prüfwesen und Betrugsbekämpfung
- Franco Frattini (I) – Vizepräsident, Kom. f. Justiz, Freiheit und Sicherheit
- Joaquin Almunia (E) – Kom. f. Wirtschafts- und Währungspolitik
- Mariann Fischer Boel (DK) – Kom. f. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Joe Borg (M) – Kom. f. Fischerei
- Stavros Dimas (GR) – Kom. f. Umwelt
- Benita Ferrero-Waldner (A) – Kom. f. Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik
- Ján Figel (SK) – Kom. f. Bildung, Ausbildung, Kultur und Sprachen
- Dalia Grybauskaitė (LT) – Kom. f. Haushalt und Finanzplanung
- Danuta Hübner (PL) – Kom. f. Regionalpolitik
- László Kovacs (H) – Kom. f. Steuern
- Neelie Kroes (NL) – Kom. f. Wettbewerb
- Markos Kyprianou (CY) – Kom. f. Gesundheit und Verbraucherschutz
- Peter Mandelson (GB) – Kom. f. Handel
- Charlie McCreevy (IRL) – Kom. f. Binnenmarkt
- Louis Michel (B) – Kom. f. Entwicklung und humanitäre Hilfe
- Janez Potocnik (SLO) – Kom. f. Forschung und Entwicklung
- Viviane Reding (L) – Kom. f. Informationsgesellschaft und audiovisuelle Medien
- Olli Rehn (FIN) – Kom. f. die EU-Erweiterung
- Vladimír Špidla (CZ) – Kom. f. Arbeit, Soziales und Chancengleichheit
- Andris Piebalgs (LV) – Kom. f. Energie

Schleswig-Holstein

## „Landesregierung hat Handlungsbedarf bei Integrationspolitik“

Eine Verbesserung der Integrationsmaßnahmen für Mitbürger anderer Kultur oder Herkunft fordert der Bildungsexperte zur Landtagswahl, Jost de Jager, von der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

„Die Ereignisse in den Niederlanden haben eine neue Diskussion um die Integrationspolitik hervorgerufen. Wir möchten, dass Schleswig-Holstein auch in Zukunft ein offenes und gastfreundliches Land bleibt. Gute Deutschkenntnisse sind dabei eine wichtige Voraussetzung für eine wirkliche Integration“, so de Jager.



Jost de Jager, MdL

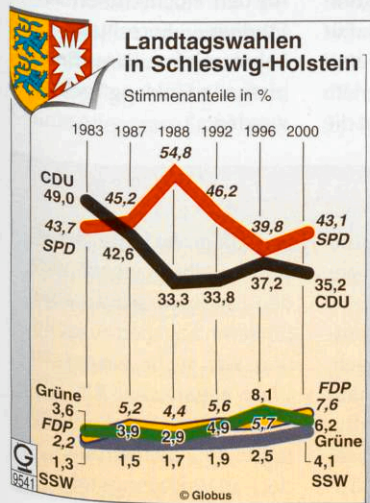
Die Landesregierung hänge jedoch hinterher, wenn es darum ginge, wirksame Integrationsmaßnahmen zu ergreifen. Jost de Jager: „Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.“ Für seine Partei sei es vor allem

notwendig, dass alle Kinder in der Lage sein müssen, vor Schulbeginn ausreichend Deutsch zu lernen, um dem Unterricht folgen zu können. „Erforderlich ist eine frühe Überprüfung der Sprachkenntnisse und eine intensive Sprachförderung schon vor Schulbeginn, das heißt ein Jahr vor der Schule“,

fordert der Bildungsexperte. Die Bedingung ausreichender Deutschkenntnisse gelte im übrigen auch für alle neu Einreisenden, die unbefristet in Deutschland leben wollen.

Neben der Frage hinreichender Sprachkenntnisse gehöre zur erfolgreichen Integration jedoch auch ein aufgeklärter Umgang mit der eigenen Religion. Muslimische Kinder müssen die Möglichkeit erhalten, außerhalb von Koranschulen mit ihrer Religion in Berührung zu kommen. „Integration kann nur gelingen, wenn ausländische Mitbürger ihren Glauben bewahren, bekennen und praktizieren können. Die Landesregierung habe es verpasst, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht zu ermöglichen. Über einen runden Tisch sind die Bemühungen in Schleswig-Holstein nicht hinausgekommen“, so de Jager abschließend.

**Jost de Jager** ist Mitglied im Kompetenzteam von Peter Harry Carstensen für die Landtagswahl am 20. Februar 2005.



Hessen

## Leitantrag zur Frauen- und Familienpolitik beschlossen

„Über die Frauen- und Familienpolitik könne man vieles sagen – nur nicht, dass alles in Ordnung sei.“

Ohne viel Worte kam der Vorsitzenden der Hessen-CDU auf einem kleinen Parteitag zur Frauen- und Familienpolitik in Hanau gleich zur Sache. Die demographische Entwicklung sei dramatisch, die Geburtenrate liege mit 1,34 Kindern je Frau auf einem der hintersten Plätze in Europa. Die Folgen seien nicht nur materiell. „Was wird aus einer Gesellschaft, die überallt ist? Wie leben alte Menschen, wenn sie das Lachen der Kinder nicht mehr hören?“ Die CDU, mahnte Ministerpräsident Koch, sei bei jungen Frauen nicht wohlgefallen: „Wir verlieren eine ganze Generation, wenn wir nicht um-

denken.“ „Die Achtzehnjährigen halten uns für von vorgestern, wenn wir ihnen nicht zugleich Ausbildung und Kinder ermöglichen,“

erklärte die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläge. Die CDU müsse vorurteilsfrei beide Lebensentwürfe der Frauen akzeptieren: die Mutter, die sich ausschließlich der Erziehung ihrer Kinder widmet, und die Mutter, die mit Kindern berufstätig sein wolle. Dieser Forderung folgte der Parteitag bei der Zustimmung zum Leitantrag „Für eine neue Frauen- und Familienpolitik“ einstimmig. Unter anderem beschlossen die



Roland Koch



Silke Lautenschläge

Delegierten: Einführung eines flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuung vor allem für die Kleinen bis drei. Die Kindergärten sollen flexiblere Öffnungszeiten bekommen. „In allen Schulzweigen“ sollen freiwillige Ganztagsangebote bis zum Jahr 2015 eingeführt werden. An den Hochschulen sollen Studium, Forschung und Lehre „mit familiären Bedürfnissen in Einklang“ gebracht werden.

### SACHSEN-ANHALT: THOMAS WEBEL GEWÄHLT

**Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer hat sein Amt als Landesvorsitzender abgegeben und den Staffelstab an Thomas Webel weitergereicht.**

Der Landrat wurde auf einem Landesparteitag in Staß-

furt von 82% der Delegierten zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter wurden Landesverwaltungsamt-Präsident Thomas Leimbach, die Bundestagsabgeordnete Uda Heller und Wirtschaftsstaatssekretär Reiner Haseloff gewählt. Ministerpräsi-

dent Böhmer hatte bereits vor zwei Jahren angekündigt, den Landesvorsitz an einen Jüngeren abgeben zu wollen und war nicht wieder zur Wahl angetreten. Als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2006 werde er jedoch zu Verfügung stehen.

NRW

## Ehrendoktorwürde für Jürgen Rüttgers

Als Verdienst für seinen Einsatz und seine hohen Verdienste für die europäische Bildung und Forschung wurde Jürgen Rüttgers die Ehrendoktorwürde der Universität Roma Tre in Rom verliehen.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU-NRW erhielt die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde in der italienischen Hauptstadt vom Rektor der Universität Roma Tre, Professor Guido Fabiani. In seiner Rede hob Guido Fabiani die besondere Bedeutung der Sorbonner Erklärung für die gemeinsame europäische Hochschulpolitik hervor. In dieser legte Jürgen Rüttgers als Bundesminister für Bildung und Forschung gemeinsam mit seinen Amtskollegen Luigi Berlinguer aus Italien, Claude Allegre aus Frankreich



und Baronin Tessa Blackstone aus Großbritannien den Grundstein für ein „Europa der Wissenschaft“ und ein „Europa des Wissens“. Die vier Wissenschaftsminister forderten damals: ■ einen Rahmen für Lehren und Lernen, der Mobilität und eine immer engere Zusammenarbeit ermöglicht; ■ ein Studiensystem mit zwei Stufen/ Zyklen („undergraduate and

graduate“); ■ die Einführung von sogenannten „Credit-Points“ wie dem European Credit Transfer System.

Mit der Forcierung dieser Maßnahmen hat Jürgen Rüttgers mit seinen Kollegen den Bologna-Prozess initiiert, der die Vergleichbarkeit und bessere Vereinbarkeit von Studienabschlüssen und -inhalten (Bachelor, Master) in Europa zum Ziel hat.

## RHEINLAND-PFALZ: BÖHR ZUM SPITZENKANDIDATEN GEWÄHLT

Christoph Böhr wird die rheinland-pfälzische CDU in den Landtagswahlkampf führen.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag in Bad Kreuznach setzten die Delegierten mit der Wahl des Landes- und Fraktions-

vorsitzenden zum Spitzenkandidaten einen Schlussstrich unter die Kandidatensuche. 335 der 434 Delegierten stimmten für Böhr. Christoph Böhr hatte sich zuvor auf fünf Regionalkonferenzen und in einer Mitgliederbefragung gegen den Bun-

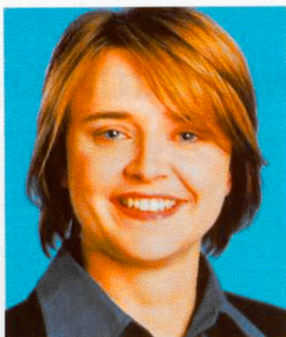
destagsabgeordneten Peter Rauhen durchgesetzt. Dieser sicherte dem Spitzenkandidaten seine ungeteilte Unterstützung zu. „Der heutige Tag ist ein Tag des Aufbruchs“, hob Böhr mit Blick auf den Landtagswahlkampf hervor.

## Union beschließt Einstieg in Prämien- modell

### Erklärung anlässlich des Gesundheitskompromisses zwischen CDU und CSU zum Prämienmodell:

Wie bei einem Kompromiss immer, hat nicht jeder das bekommen, was er wollte. Die CDU nicht die vollständige Entkoppelung der Arbeits- von den Gesundheitskosten und die CSU nicht den Verbleib im bisherigen System. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass die Union mit dem Kompromiss den Einstieg in das Prämienmodell vollzieht.

Das Prämienmodell ist der richtige Weg. Denn den Arbeitnehmern bleibt bei der solidarischen Prämie netto mehr in der Tasche, das



Annette Widmann-Mauz

heißt der Anreiz zur Schwarzarbeit wird minimiert. Leistung lohnt sich wieder. Auch die Arbeitgeber stellen sich besser als heute. Zwar ist keine vollständige Entkoppelung der Arbeits- von den Gesundheitskosten erfolgt, dennoch schafft die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages Verlässlichkeit. Ferner erhöht die Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder die

soziale Gerechtigkeit. An der Finanzierung der Kinder beteiligen sich alle entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, auch die Besserverdiener und die PKV-Versicherten. Und schließlich wird durch die Gesamtprämie die Transparenz in der GKV erhöht, was unabdingbar für einen Wettbewerb in der GKV ist. Zudem erhalten die Kassen für jeden Versicherten die gleiche Prämie. Sie sind damit nicht mehr von den unterschiedlichen Einkommenshöhen ihrer Mitglieder abhängig. Dadurch kann der Risikostrukturausgleich der Kassen erheblich eingeschränkt werden.

Im Unterschied zu dem von Rot/Grün verfolgten Modell der Bürgerversicherung ist die solidarische Gesundheitsprämie ein konkretes Angebot. Die Bürgerver-

## SENIOREN-UNION: UNTERSTÜTZUNG FÜR GESUNDHEITSKOMPROMISS

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat den Gesundheitskompromiss von CDU und CSU. zur künftigen Finanzierung der Krankenversicherung begrüßt. „Der Betrag von monatlich 109 Euro und die Festlegung, daß nicht mehr als sieben Prozent des Einkommens für die solidarische Gesundheitsprämie

herangezogen werden dürfen, entspricht insbesondere den besonderen Belangen der Rentnergeneration“, erklärte der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren-Organisation, Otto Wulff. „CDU und CSU gewährleisten mit diesem Konzept, das der von Rot-grün angestrebten Bürgerversicherung diametral ent-

gegensteht, die weitere Versorgung aller Bevölkerungskreise mit Spitzenmedizin und einen seriösen sozialen Ausgleich“, betonte Wulff. „CDU und CSU schaffen mit dem Abkoppeln der Lohnkosten von den Gesundheitskosten eine wichtige Voraussetzung für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze.“



sicherung hingegen ist ein nicht lebensfähiges Hirngespinnst. Sie ist verfassungswidrig, ungerecht und unsozial. Denn sie schafft keine Arbeit, sondern ist ein Jobkiller und treibt damit die Beiträge weiter in die Höhe. Die solidarische Gesundheitsprämie dagegen sorgt dafür, dass auch für „die kleinen Leute“ der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bezahlbar bleibt.

**Annette Widmann-Mauz** ist die gesundheitspolitische Fraktionssprecherin.

## Eichels Finanzpolitik gleicht Kamikaze-Flug

### Erklärung zum Bericht des Bundesrechnungshofes zur Haushalts- und Wirtschaftsführung:

„Die Schieflage ist so extrem, dass es einem den Atem verschlägt.“ Drastischer als Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes, kann man die Lage des Bundeshaushalts wohl kaum beschreiben. Die Finanz- und Verschuldungspolitik des Bundesfinanzministers ist verantwortungslos und verspielt die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Eichels Finanzpolitik gleicht einem Kamikaze-Flug ins Nichts. Wer auf die Bundesfinanzen schaut, vor dem tun

sich Abgründe auf. Dies belegt der jüngste Bericht des Bundesrechnungshofes: Regelmäßig brechen dem Bundesfinanzminister eingeplante Einnahmen weg, weil die Steuerprognosen zu hoch angesetzt werden; die Sozialausgaben wachsen beängstigend schnell und immer mehr Geld geht schlicht und einfach für die Bezahlung der Zinsen und Zinseszinsen drauf.

Weil dem Finanzminister daher Mittel fehlen und das Geld hinten und vorne nicht ausreicht, verscherbelt er nun auch noch das gesamte Bundesvermögen. Mit dem Haushalt 2005 werden seit 1999 über 100 Milliarden Euro an Bundesvermögen veräußert worden sein. Im Jahr darauf ist der letzte kleine, noch verfügbare Anteil des Bundes an Post und Telekom an der Reihe. Für die Zukunft bleibt nichts mehr.

Künftige Generationen bleiben auf diesem immer größer werdenden Schuldenberg sitzen, denn die jährlich anwachsende Neuverschuldung der Bundesrepublik setzt auf einen Berg unbeglichener Altschulden auf. Die rot-grüne Bundesregierung vernichtet durch



Günter Krings



Georg Fahrenschon

eine solche Politik die Substanz unsers Landes und verspielt ungerührt das Erbe unserer Kinder.

**Günter Krings** ist Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Georg Fahrenschon** ist sein erster Stellvertreter.

## Bundesrechnungshof-Rüge für Künasts Haushalt mehr als gerechtfertigt!

### Stellungnahme anlässlich der Kritik des Bundesrechnungshofes an Künasts Haushaltspolitik:

Jetzt ist es „amtlich“, was die Union seit Jahren Ministerin Künast vorwirft: Die ausufernde Öffentlichkeitsarbeit von Ministerin Künast – finanziert aus Steuermitteln – wird vom Bundesrechnungshof scharf kritisiert!

Unter dem wohlklingenden Namen „Bundesprogramm Ökologischer Landbau“ wird in Wahrheit Propa-



Gerda Hasselfeldt

ganda für eine politische Grundausrichtung gemacht. „Damit hat das Ministerium gegen Haushaltsrecht verstoßen“, so der Bundesrechnungshof wörtlich. Der Bundesrechnungshof unter-

stützt somit die Position der Union, die seit Jahren auf die hohen Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums hingewiesen hat. Das Groteske ist dabei: Im gleichen Atemzug kürzt die Ministerin in den laufenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2005 massiv die Bundeszuschüsse für die Agrarsozialpolitik und erhöht die Steuern auf Agrardiesel. Die wirtschaftliche Situation und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaftsbetriebe sind Ministerin Künast anscheinend egal. Mit den knappen Haushaltsmitteln macht die Mini-

sterin lieber Werbung für grüne Klientel!

Die Union fordert Ministerin Künast nachdrücklich auf, den Forderungen des Bundesrechnungshofes nach Offenlegung der „versteckten Gelder“, die zur Selbstdarstellung der Ministerin dienen, sofort nachzukommen! Auch der Kritik des Rechnungshofes, dass ansonsten dem Budgetrecht des Parlamentes nicht Rechnung getragen werden kann, kann man sich nur anschließen.

**Gerda Hasselfeldt** ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## RECHNUNGSHOF: BUND VERLIERT MILLIARDEN

### Der Bund lässt sich trotz knapper Kassen weiter Einnahmen in Milliardenhöhe entgehen.

Nach Angaben des Bundesrechnungshofes verliert der Bund durch Verschwendung und verpasste Mehreinnahmen einmalig mindestens 2,4 Milliarden Euro. Hinzu komme ein alljährliches Sparpotenzial von mehr als 800 Millionen Euro, sagte Rechnungshof-Präsident Dieter Engels bei der Vorlage des Jahresberichts in Berlin. Die Schieflage des Bundeshaushalts sei „so extrem, dass es einem den Atem verschlägt“. Die Bun-

desregierung wies die Vorwürfe zurück. Als eines von mehreren Verschwendungsbeispielen nennt der Bericht die Beschaffung des Raketen-Systems Pars 3 LR für die Bundeswehr. Dessen Entwicklung hätte in nunmehr 16 Jahren eine halbe Milliarde Euro gekostet. Statt ursprünglich geplanter 30.000 Raketen sollten nun noch 740 beschafft werden. Ein einziger Schuss würde danach eine Million Euro kosten.

Ein anderes Beispiel im Jahresbericht ist eine Gesetzeslücke bei der Besteuerung von Geldspielautomaten, die nicht rechtzei-

tig geschlossen wurde. Dadurch entstünden Steuerausfälle von bis zu 240 Millionen Euro.

Angesichts einer inzwischen auf weit mehr als 800 Milliarden Euro gestiegenen Verschuldung des Bundes dringen die Rechnungsprüfer auf schärfere Vorgaben im Grundgesetz. Die bisherigen Regelungen hätten das Schuldenwachstum nur unzureichend gebremst. Mittelfristig sollten daher neue verfassungsrechtliche Bestimmungen zur Kreditbegrenzung „mit mehr Biss“ entwickelt werden, forderte Engels.

## Fußball-WM: Willen zum Erfolg zeigen

**Erklärung zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Auf-taktveranstaltung und Kulturprogramm zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland“:**

Nicht weltoffen, sondern zugeknöpft zeigt sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Bei den Verantwortlichen für das größte Sportereignis der kommenden Jahre in Deutschland herrschen Kleingeistigkeit und bürokratische Gremiengläubigkeit.

Klare Konzepte sind nicht in Sicht. Und welchen Nutzen Deutschland aus diesem Ereignis ziehen will, bleibt diffus. Die praktische Umsetzung der Eröffnungsfeier in Berlin und vor allem die inhaltliche Ausrichtung dieses wohl einzigartigen Events werden in einer Mischung aus Leichtgläubigkeit und Unbedacht an Gremien abgegeben, bei denen unklar bleibt, welchen Einfluss das Gastgeberland auf die Darstellung Deutschlands bei diesem Ereignis haben wird.

Welches Bild das Gastgeberland im Jahr 2006 der Welt von sich vermitteln will, ist aber mehr als ein netter Nebeneffekt einer Veranstaltung mit Milliardenpublikum, die in Deutschland stattfindet. Es ist vielmehr ein nationales Anliegen.

Erst wenn wir wissen, was wir wollen, werden wir andere im Ausland davon überzeugen können und für andere glaubwürdig werden.

Es ist unbestritten, dass wir uns ein Bild von Deutschland im Ausland zutrauen müssen. Deutschland sollte sich selbstbewusst als Kulturation verstehen. Deutschland ist aber dabei, die Chancen dieses Ereignisses zu vertun.

Auf Sieg zu setzen ist sportlich gesehen legitim. Zu einem Erfolg für das Gastgeberland reicht das nicht. Das Gastgeberland muss vielmehr und schon im Vorfeld zeigen, was es heißt, ein guter Gastgeber einer Fußball-WM zu sein. Das wird nicht „auf'm Platz“ entschieden, sondern jetzt.

Auch das Auswärtige Amt hatte jüngst erkannt, dass wir „das Deutschlandbild neu definieren“ müssen und hat eine eigene Abteilung hierfür geschaffen, in der die Kompetenzen für die Außer-darstellung des Landes gebündelt werden. Völlig un-



Günter Nooke

verständlich ist, dass nach Auskunft der Bundesregierung dieser Arbeitsstab an den Planungen für die Fußball-WM nicht beteiligt wird.

Bei der Fußball-WM 2006 wird Deutschland im Zentrum des medialen Interesses stehen. Die Vermittlung eines Deutschlandbildes gelingt hier, oder sie scheitert auf Jahrzehnte.

**Günter Nooke** ist der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

▶ Neu auf [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

„Studienbeiträge: besser studieren, besser lehren – Für qualitäts- und wettbewerbsfördernde Impulse in der Hochschulfinanzierung“  
Eine Analyse von Maria Böhmer, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.

## Sie sind auf der Suche nach einem besonderen Geschenk?

Wir haben für Sie genau das Richtige.

Jubiläumspreis  
nur 9,90 €

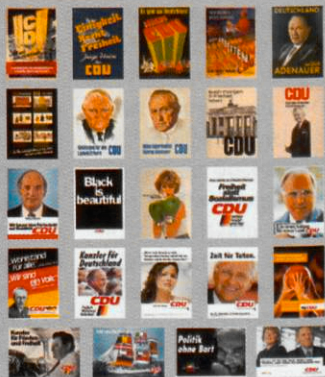
### Der neue Jubiläums-Kalender der CDU

Das ideale Weihnachtsgeschenk oder ein Dankeschön für CDU-Mitglieder, Wahlkampf-helfer, Freunde und Partner der Partei.

Dieser repräsentative Wandkalender ist in hochwertiger Bilderdruckqualität gedruckt und mit Hochglanzlack veredelt. Auf 24 Seiten werden Wahlplakate aus 6 Jahrzehnten CDU präsentiert. Jeder Monat besteht aus 2 Plakatmotivseiten. Alle Plakatbilder sind im Format DIN A3.

Weitere Abbildungen und genauere Bestell- und Preisdaten finden Sie in der Sonderbeilage dieser UID-Ausgabe „Parteitag Live. TV-Programm zum 18. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf“.

#### KALENDER 2005 POLITISCHE PLAKATE AUS 6 JAHRZEHNEN CDU



60 JAHRE CDU

